

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Montag, 16.03.2015
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:16 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Swieter, Benjamin

SPD-Fraktion

Haase, Hans-Dieter
Mecklenburg, Rico
Strelow, Gregor
Winter, Maria

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Rosenboom, Benedikt

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Marsal, Andrea
Renken, Bernd

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Discus, Gerhard
Mansholt, Dieter
Willms, Artur

Protokollführung

Lenzion, Daje

Gast

Edzards, Remmer

(zu TOP 7)

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Swieter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation vom 21.01.2015

Beschluss: Das Protokoll Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation vom 21.01.2015 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Ablaufplan Haushaltsberatungen 2016
Vorlage: 16/1600

Herr Jahnke erklärt, nach dem aktuellen Buchungsstand würde sich das Jahresergebnis für 2014 auf 6,5 Millionen Euro belaufen. Zuvor seien 5 Millionen Euro prognostiziert worden. Die Ausgangsposition würde sich zum bisherigen Stand somit um 1,5 Millionen Euro verbessern. Es könne zum 31.12.2014 mit einer Rücklage von deutlich über 28 Millionen Euro gerechnet werden. Dies sei weiterhin eine fast einmalige Ausgangsposition im Vergleich zu anderen Gebietskörperschaften.

Er gibt an, diese Tatsache sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den folgenden Jahren 2015 - 2019 weiterhin ein strukturelles Defizit bestehen würde, das die Rücklage aufbrauchen werde. Das Ziel sei im Eckwerteverfahren einen Haushalt zu präsentieren, der den Ausgleich bis 2019 möglich mache. Der Ausgleich könne nur durch die Rücklage gewährleistet werden.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Er meint, der Haushaltsausgleich könne nur gelingen, wenn in erheblichem Maße entsprechende Einzelmaßnahmen der Vorschläge von Pricewaterhouse Coopers (PwC) umgesetzt würden. Er rechnet mit ersten konkreten Ergebnissen von PwC Mitte Mai 2015. Die pauschalen Maßnahmen von PwC müssten dann in tatsächlichen Einzelmaßnahmen beschlossen werden. Er geht davon aus, dass die Umsetzung von konkreten Maßnahmen nicht einfach werden würde. Der Prozess würde sehr viel Disziplin erfordern, um tatsächlich den Haushaltsausgleich 2019 zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund habe am Morgen eine Informationsveranstaltung mit allen Budgetverantwortlichen stattgefunden. Er erklärt, dass in den Budgetverhandlungen nach Möglichkeit zu verhindern sei, dass es zu weiteren Ausweitungen in der Finanzplanung kommen werde. In den nächsten Budgetgesprächen der Bereiche Jugend, Schule und Sport werde dies sehr schwierig werden, da in diesen Bereichen im letzten Jahr eine sehr hohe überplanmäßige Ausgabe vorgelegen habe. Es müsse genauestens geklärt werden, wie sich in diesen Bereichen die Budgets insgesamt in den nächsten Jahren darstellen würden.

Herr Mansholt erklärt, der zeitliche Ablauf für die Beratungen zum Haushalt 2016 der Stadt Emden sei wie in der Anlage dargestellt geplant.

Er betont, in diesem Jahr sei es eine ganz besondere Herausforderung, dass tatsächlich überlegt werden müsse, wie es gelingt, bis einschließlich 2019 einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt darzustellen. Dies würde für die Verwaltung eine sehr sportliche Aufgabe werden. Man habe sich vorgenommen, den Ablaufplan, der dem Grunde nach dem Vorjahr entspreche, einzuhalten. Er unterstreicht, dass die hausinternen Gespräche sehr viel schwieriger würden als in der Vergangenheit.

Er gibt an, der Eckwertebeschluss würde bis zur Sommerpause vorliegen. Es sei geplant, auf Grundlage des Eckwertebeschlusses die Fachbereichsbudgets direkt nach der Sommerpause in den Fachausschüssen vorzustellen. Er hofft, dass eine inhaltliche Diskussion mit den Mitgliedern der Ausschüsse entstehen werde. In den letzten Jahren habe es Schwierigkeiten gegeben, den endgültigen Haushaltsentwurf rechtzeitig in allen Fachausschüssen zu besprechen. Die geplante Sitzung des Rates im Dezember sei nach dem Gesetz eigentlich schon zu spät. In der Niedersächsischen Kommunalverfassung sei geregelt, dass die Haushaltssatzung spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres der Kommunalaufsichtsbehörde vorzulegen sei, um eine Genehmigung zum 01.01. zu erreichen. Er bemerkt demgegenüber, dass eine Haushaltsgenehmigung zum 01.01. in den letzten Jahren ebenfalls nicht erreicht worden sei. Er spricht sich dafür aus, dem Rat in der Sitzung im Dezember den endgültigen Haushalt vorzulegen. Dies habe zur Folge, dass die Haushaltsgenehmigung nicht zum Jahreswechsel, sondern Anfang des nächsten Jahres vorliegen würde.

In den Budgetgesprächen müsse intensiv versucht werden, innerhalb der einzelnen Budgets tatsächlich nach substanziellen Einsparungen, die über das Normale hinausgehen, zu suchen. Er ist der Meinung, sollte sich die Finanzplanung mit den derzeitigen Steigerungsraten fortentwickeln, könnte der Haushalt bis zum Ende 2019 nicht ausgeglichen dargestellt werden. Daher würde nach möglichst vielen Einsparungsvorschlägen gesucht werden.

Herr Swieter bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Haase gibt an, er freue sich über das Jahresergebnis 2014. Die Rücklage würde dem kritischen und sportlichen Ziel, den Haushaltsausgleich 2019 zu schaffen, ein Stückchen näher bringen. Eine Rücklage in dieser Größenordnung würde man in Niedersachsen sehr selten finden.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Er vertritt den Standpunkt, dass die Hoffnung für Verbesserungen eher im eigenen Engagement und in eigener Kenntnis gesehen werden müsste, als in den Ergebnissen von PwC. Die Kürzungs- oder Verbesserungsvorschläge von PwC mit vergleichbaren Zahlen aus anderen Kommunen seien leicht erreichbar.

Der Ablaufplan für die Haushaltsberatungen 2016 sei in Ordnung. Er glaubt, der Monat Dezember sei zwar ein sportliches Ziel, könnte aber erreicht werden. Es sei eher ein Sonderfall, wenn man dem Gesetz entsprechen und eine Haushaltsgenehmigung zum 01.01. erreichen würde.

Herr Bongartz glaubt, die Steigerung des Jahresergebnisses 2014 sei ausschließlich darauf zurückzuführen, dass die Automobilfabrik in Emden rückwirkend erhebliche Leistungen erbracht habe.

Er weist darauf hin, dass es vernünftig gewesen sei, die Rücklage für die folgenden Jahre einzuplanen, um den Haushalt auszugleichen. An der strukturellen Situation des Haushaltes der Stadt Emden habe sich jedoch nichts geändert. Dieser sei weiterhin mit über 5 Millionen Euro stark defizitär. Dieses Defizit könne nur aufgrund der Rücklagen gedeckt werden. Nichts desto trotz sei die Stadt Emden glücklicherweise in der Lage, in den nächsten vier Jahren den Haushalt auszugleichen. Es dürfe in der Zukunft jedoch nichts Unverhältnismäßiges eintreten. Die wirtschaftliche Entwicklung könne zum Beispiel nicht abgeschätzt werden.

Er erklärt, PwC sei in Emden damit beauftragt worden, eine Überprüfung durchzuführen, um das strukturelle Defizit der Stadt durch organisatorische Maßnahmen zu mindern. Es würde keinen Sinn machen, wenn nicht bedeutsame Bestandteile der Vorschläge von PwC umgesetzt werden. Es müsse sich ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt werden, um dauerhaft eine Minderung zu erreichen.

Der Ablaufplan der Haushaltsberatungen 2016 sei in Ordnung. Er ist der Meinung, der Termin im Dezember müsse nicht zwingend eingehalten werden. Ihm sei es wichtiger, die Ergebnisse des Eckwertebeschlusses in den Fachausschüssen vernünftig und ausführlich beraten zu können.

Herr Bolinius gibt an, er freue sich ebenfalls über das Jahresergebnis 2014.

Er betont nochmals, dass das strukturelle Defizit jährlich bei 5,5 Millionen Euro liegen würde. Er könne sich nicht vorstellen, dass durch die Vorschläge von PwC Einsparungen dieser Größenordnung erreicht werden könnten.

Er vermutet, dass die hohen Gewerbeertragssteuern, die als Planzahlen angesetzt seien, bis 2019 nicht erreicht werden könnten. Daher sollte sich die Stadt Emden an den Einsparungsvorschlägen von PwC weitestgehend orientieren.

Der Ablaufplan für die Haushaltsberatungen 2016 sei in Ordnung.

Herr Renken stellt fest, der Ablaufbahn ähnele den Terminleisten der vergangenen Jahre. Insofern glaubt er, würde die Beratung in den Fachausschüssen entscheiden, ob der Monat Dezember erreicht werden könne. Der Zeitplan sollte möglichst eingehalten werden.

Er ist der Meinung, dass es wichtig sei, weiterhin Rücklagen zu bilden und diese nicht im vollen Umfang aufzubreuchen, da immer Risiken bestehen würden.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

So stehe auch die Automobilindustrie unter bestimmten Zyklen. Er hofft, dass in Zukunft auch im Bereich der Investitionen auf die Rücklagen zurückgegriffen werden könnte.

Er merkt an, PwC sei mit einem bestimmten Aufgabenkatalog beauftragt worden und würde einen Blick von außen auf die Verwaltung werfen. PwC werde ihre Standardvorschläge, welche keinen besonderen Wert hätten, der Verwaltung vorstellen. Daher würde er die Entwicklung erstmal sehr kritisch sehen. Die Vorschläge müssten nach bestimmten Regularien einer Bewertung unterzogen werden, um festzustellen, welche Maßnahmen überhaupt umsetzbar seien.

Er regt an, im Rahmen der Haushaltsvorbereitung einen Statusbericht zu erstellen, welche konkreten Maßnahmen in der Strukturkommission bisher umgesetzt worden seien.

Herr Strelow betont, die letzte Entscheidung über die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen von PwC habe selbstverständlich der Rat, der die Entscheidungskompetenz habe. Die Maßnahmen, die PwC vorstellen werde, könnten seitens der Fraktionen selbstverständlich ausführlich beraten werden.

Er fragt, wie Herr Jahnke sich die Kommunikation und Vermittlung in der Haushaltsstrukturkommission und in den Fraktionen vorstellen würde, sobald PwC Mitte Mai die ersten Ergebnisse vorgelegt habe. Ebenso möchte er wissen, welcher Zeitraum für die Vorstellung der Ergebnisse eingeplant werden müsste.

Herr Jahnke erklärt, es seien detaillierte Überprüfungsaufträge in drei Bereichen an PwC gegeben worden. Zum einen im Kulturbereich sowie zu verschiedenen Themen im Fachbereich Gesundheit und Soziales und im Fachbereich Jugend, Schule und Sport. PwC sei gerade bei der Bestandsaufnahme und den Vergleichen mit anderen Kommunen. PwC werde Mitte Mai in einer Sitzung der Strukturkommission ihre ersten Zwischenergebnisse vorstellen können. Dies würde zunächst in einem vertraulichen Kreis geschehen.

Er betont, es sei nicht unterstellt worden, dass 100 Prozent der möglichen Potenziale in den verschiedenen Bereichen, die durch PwC aufgezeigt werden, auch umgesetzt werden könnten. Er glaubt, dass mindestens 50 Prozent der Maßnahmen umgesetzt werden müssten, um den Haushaltsausgleich herstellen zu können. Die Entscheidungskompetenz liege selbstverständlich bei jedem einzelnen Vorschlag beim Rat.

Er denkt, die organisatorischen Maßnahmen seien leicht umsetzbar. Er ist der Meinung, wenn es um Strukturveränderungen gehen werde, würde eine Umsetzung der Maßnahmen schwieriger werden. Es könnte für einige Institutionen oder Einrichtungen unangenehm werden, sobald sie sich in ihrer Existenz gefährdet fühlten.

Selbstverständlich würde jeder einzelne Vorschlag sehr detailliert und intensiv in der Haushaltsstrukturkommission und schließlich in den Fraktionen besprochen werden, da PwC lediglich Möglichkeiten für Maßnahmen aufzeigen werde. Er hofft, dass es an vielen Stellen zu einem gemeinschaftlichen Ergebnis kommen werde.

Er nimmt die Anregung von Herrn Renken auf, im nächsten Ausschuss einen Statusbericht über die bisher erfolgten Maßnahmen durch die Stadt Emden vorzustellen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

TOP 6 Workshop zum Gesamtabschluss der Stadt Emden zum 31.12.2012
Vorlage: 16/1647

Herr Mansholt erklärt, es sei die erste Gesamteröffnungsbilanz der Stadt Emden vorgestellt worden. Da das Thema relativ neu sei, seien viele Fragen aufgetaucht, wie z.B. bestimmte Zahlen miteinander zusammenhängen und wie diese bewertet werden könnten. Der Gesamtabschluss werde voraussichtlich im Sommer 2015 abschließend erstellt. Er möchte den Fraktionen daher im Mai einen Workshop zum Thema Gesamtabschluss der Stadt Emden anbieten. In diesem Workshop werde der Prozess der Aufstellung sowie die Möglichkeiten der Auswertung der Gesamtbilanz aufgezeigt.

Er fragt, ob seitens der Fraktionen überhaupt Interesse an diesem Workshop bestehe. Es würde verschiedene Möglichkeiten zur Durchführung dieses Workshops geben. Es könnte ein ein-tägiger Workshop durchgeführt werden oder die Veranstaltung könnte nach einer Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation stattfinden. Das Thema sei so umfangreich, dass ein Zeitumfang von mehr als einer Stunde eingeplant werden müsste.

Er bittet um Rückmeldungen, in welcher Art und Weise eine Informationsveranstaltung zum Thema Gesamtabschluss der Stadt Emden gewünscht sei.

Herr Haase erklärt, die SPD-Fraktion fände das Angebot ganz hervorragend.

Er ist der Meinung, dass die meisten Mitglieder sich mit der Thematik auskennen würden. Selbstverständlich gebe es auch Personen, die gerade nach der Umstellung der Kameralistik zur Doppik noch Fragen zur Systematik hätten.

Er glaubt, aufgrund der Termindichte im Mai sei eine Abendveranstaltung im Anschluss an eine Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation mit einem Zeitanteil von ca. 3 Stunden völlig ausreichend, um die Systematik und alle offenen Fragen klären zu können.

Herr Bongartz stimmt den Ausführungen von Herrn Haase zu.

Er ist ebenfalls der Meinung, aufgrund der Termindichte im Mai sollte der Workshop nicht an einem separaten Termin durchgeführt werden. Er habe die Erfahrung gemacht, dass der Wunsch nach einer Information mit der tatsächlichen Wahrnehmung des Angebotes überhaupt nicht kongruent sei. Er plädiert daher dafür, den Workshop nach einer Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation stattfinden zu lassen.

Herr Jahnke hält es ebenfalls für sinnvoll, den Workshop im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation stattfinden zu lassen. Sollte weiterer Bedarf in den Fraktionen bestehen, könnten diese Personen selbstverständlich an dem Workshop teilnehmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation sei ihm in dieser Sache jedoch ganz wichtig.

Er betont, dass es wichtig sei, den Teilnehmern an dem Abend ein vernünftiges Handout auszuhändigen, um ein späteres Nachschlagen zu ermöglichen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 7 Lärmbelastung durch Hubschrauber - Antrag der FDP-Fraktion vom 12.02.2015
Vorlage: 16/1638

Herr Bolinius erklärt, die Fragen des Antrages vom 12.02.2015 seien von Herrn Edzards schon schriftlich beantwortet worden.

Er gibt an, die FDP-Fraktion befürworte den Hubschrauberlandesplatz des Flugplatzes Emden und werde diesen weiterhin positiv unterstützen. Herr Edzards habe im Aufsichtsrat alle Fraktionen bestens zu dem Thema Fluglärm informiert. Es sei positiv zu bewerten, dass er sich bei den Bürgerversammlungen in Conrebbersweg allen Fragen gestellt habe.

Er kritisiert jedoch, dass durch mehrere Zeitungsartikel in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden sei, dass Herr Edzards Parteipolitik betreibe. Seines Erachtens hätte Herr Edzards alle Fraktionen zu der Bürgerversammlung einladen müssen. Er bedauert, dass dieses nicht geschehen sei.

Herr Haase gibt an, dass er sich über die Zeitungsartikel der Bürgerversammlung in Conrebbersweg gefreut habe.

Er hält es für richtig, dass zwei Ortsvereine eine Veranstaltung zu dem Thema Fluglärm geplant und sich den Problemen der Bürger gestellt hätten. Ebenso sei es begrüßenswert, wenn sich Institutionen bzw. Gesellschaften dazu bereit erklärten, sich den Fragen der Bürger bei einer solchen Veranstaltung zu stellen.

Er findet es wunderbar, dass Herr Edzards als Geschäftsführer der Flugplatz GmbH die Probleme ernst genommen habe und sich den Bürgern gestellt habe. Er freue sich, dass Herr Edzards der Einladung der Ortsvereine gefolgt sei.

Ebenso sei erfreulich, wenn Bürger mit Interessenvertretern und Entscheidungspersonen zusammen kommen, um eine gemeinsame Lösung finden zu können.

Herr Bongartz gibt an, er habe sich ebenfalls gewundert, wie das öffentliche Bild zu der Bürgerversammlung gewesen sei. Er möchte das Thema lediglich mit der lateinischen Redewendung „A maiora ad minus“ zusammenfassen.

Herr Edzards erklärt, es gehe um die Situation des Emdener Flugplatzes und der Lärmbelastung insbesondere durch den Hubschrauberverkehr. Er macht deutlich, dass sich viele Bewohner durch den Lärm gestört fühlten und der Emdener Flugplatz natürlich auf dieses Problem eingehen würde. Herr van Ahrens hätte ihn zu der Bürgerversammlung eingeladen. Er habe sich verpflichtet gefühlt, die Bürger über mögliche Maßnahmen zu informieren. Aus diesem Grund habe er die Einladung zur Bürgerversammlung angenommen. Er habe zu keinem Zeitpunkt erkannt, dass es sich eventuell um eine Parteiveranstaltung handeln könnte. Er habe sich als Geschäftsführer des Emdener Flugplatzes verantwortlich und aufgefordert gefühlt, die Fragen der Bürger zu beantworten.

Über alle Vorgänge, Treffen und Maßnahmen sei der Oberbürgermeister zeitnah in Kenntnis gesetzt worden.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Er bemängelt, dass sich die anderen Parteien nicht an ihn gewandt hätten, um ihn darauf aufmerksam zu machen, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, er betreibe Parteipolitik für die SPD.

Er bittet um Entschuldigung und gelobt Besserung. In Zukunft werde er aufpassen, dass ihm dieses Geschehen nicht noch einmal passiere. Er habe dieses nicht bewusst gemacht und werde in Zukunft die anderen Fraktionen über Veranstaltungen solcher Art informieren.

Herr Swieter bedankt sich und bittet um weitere Wortmeldungen.

Herr Mecklenburg verweist auf Art. 21 des Grundgesetzes. Es sei eine Pflichtaufgabe der Parteien, an der politischen Willensbildung der Bevölkerung mitzuwirken. Diese Aufgabe könnte nur erfüllt werden, wenn die Parteien die Gelegenheit hätten, kompetente Menschen, die Verantwortung für das Gemeinwesen tragen, einzuladen.

Dieses Recht könnte den Parteien nicht entnommen werden, da die Bürger in einer Demokratie auf die Arbeit der Parteien angewiesen seien. Er ist der Meinung, die Bedeutung der Parteien würde ansonsten stark zurückgehen. Die Möglichkeit, eine entsprechende öffentliche Veranstaltung mit Fachleuten zu veranstalten, hätten alle Parteien.

Die Parteien könnten nur an Bedeutung gewinnen, wenn sie sich relevanten Themen annehmen.

Er möchte ausdrücklich sagen, Herr Edzards brauche sich für sein Verhalten in keiner Weise zu entschuldigen.

Herr Rosenboom erklärt, es ginge nicht darum, dass Herr Edzards eingeladen worden sei und seine Meinung kundgetan habe. Dies sei das Recht jeder Partei.

Er kritisiert, wie das Thema in der Öffentlichkeit dargestellt worden sei. Den Bürgern sei vermittelt worden, dass die Ortsverbände einen Beschluss gefasst hätten. Er habe es nicht für richtig empfunden, dass es so aussehe, dass nicht mehr der Rat oder die Aufsichtsräte entscheiden sondern die Ortsverbände.

Herr Bolinius betont ebenfalls, es ginge um die Darstellung in der Öffentlichkeit. Selbstverständlich hätte jede Partei das Recht, sämtliche Personen einzuladen.

Er kritisiert, dass Herr Edzards die Ortsvereine eingeladen habe und eine große Pressekonferenz gemacht habe.

Herr Edzards widerspricht der Aussage von Herrn Bolinius. Er habe niemanden zu der Veranstaltung eingeladen. Herr van Ahrens und Herr Heinks hätten die Einladungen erstellt und seien die Veranstalter der Bürgerversammlung gewesen.

Herr Haase meint, eine Partei würde den Rat oder die Aufsichtsräte nicht entbehrlich machen, wenn im Rahmen von Bürgerversammlungen die Bürgerinteressen öffentlich diskutiert werden.

Der größte Vorwurf, den Parteien generell gemacht werden könnte, sei ihr Handeln im Hinterstübchen. Das beste Mittel, in der Öffentlichkeit transparent zu sein, sei die Bürgerinteressen aufzunehmen und öffentlich mit Fachleuten zu diskutieren, um anschließend im zuständigen Rat oder Aufsichtsrat entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Er ist der Meinung, das Thema Fluglärm bedurft einer Behandlung durch Fachleute. Herr Edzards habe die Probleme und Anregungen vorbildlich aufgenommen und schließlich schon Lösungen in der Praxis umgesetzt. Es sei ein vorbildliches politisches Verhalten, im Vorfeld von Ratsentscheidungen, die Probleme aufzunehmen und zu bearbeiten.

Herr Bongartz beobachtet, dass die Northern HeliCopter GmbH konsequent die Autobahn als Richtschnur für ihre Flüge nehmen und somit ein Überfliegen der Wohngebiete vermeiden würde. Andere Piloten würden jedoch immer noch den kürzesten Weg über die Wohngebiete nehmen. Er bittet darum, die Piloten nochmal daran zu erinnern, dass der Flug über die Autobahn die ansässigen Bewohner am wenigsten stören würde und diese Route als Richtschnur genommen werden sollte, da dadurch die Lärmentwicklung für die Anwohner geringer sei.

Herr Renken erklärt, es sei natürlich das Recht jeder Partei, Versammlungen mit Bürgern und Fachleuten durchzuführen, um gesellschaftlich relevante Themen zu bearbeiten.

Er fragt, welche Einflussmöglichkeiten die Parteien überhaupt auf das Thema Fluglärm hätten. Er meint, auf kommunaler Ebene gebe es relativ wenig Steuerungsmöglichkeiten. Die Piloten könnten zu keiner Flugroute verpflichtet werden, da die Flugroute eine freiwillige Selbstverpflichtung sei. Die Piloten hätten lediglich einen vorgegebenen Flugraum, innerhalb dessen sie sich bewegen dürfen.

Jeder sollte Verständnis dafür haben, dass der Flugbetrieb aufrechterhalten werden müsse. Innerhalb weniger Jahre sei die Anzahl der Hubschrauberflüge von 100 auf 7.000 Flüge gestiegen. Aufgrund dieser erheblichen Zunahme könnte das Thema Lärmbelastung jedoch auch nicht ignoriert werden. Es müsse erkannt werden, wo die Belastungsgrenzen liegen und der Fluglärm für die Bürger unerträglich sei, da dieser Lärm auch krank machen könnte.

Er fragt, wie Herr Edzards die weitere Tendenz der Hubschrauberflüge einschätze. Die Flugbewegungen würden derzeit bei 14.000 Bewegungen überwiegend von Hubschraubern liegen. Er möchte wissen, wie viele Bewegungen möglicherweise noch dazu kommen könnten. Er fragt, ob bei einer Anzahl von 15.000 Flugbewegungen die Lärmbelastung eventuell geringer sei, da es ab 15.000 Flugbewegungen aufgrund von gesetzlichen Vorgaben definierte Zeiten gebe, wo der Flugverkehr nicht mehr stattfinden könnte.

Herr Strelow betont, die SPD-Fraktion würde den Emdener Flugplatz als einen wichtigen Baustein für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Emden sehen. Nichts desto trotz sollte man mit den Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf den Fluglärm im Dialog bleiben.

Er schließt sich der Frage von Herrn Renken an, wie der Ausblick des Flugplatzes Emden in den nächsten Jahren sein werde. Er möchte vor allem wissen, wie Herr Edzards die Wettbewerbssituation einschätzen würde, da erhebliche Vorbehalte aufgrund der Diskussion um den Fluglärm gegenüber dem Emdener Flugplatz bestehen würden. Er habe die Sorge, dass Flugplätze aus dem Umland die Flugunternehmen in Emden abwerben würden.

Weiterhin möchte er geklärt haben, wie die Marktchancen des neuen Hubschrauber-Terminals stehen würden. Durch die Verlagerung würde die Lärmbelastung durch den Flugplatz Emden reduziert werden.

Er fragt Herrn Edzards, wie die grundsätzlich weiteren geschäftlichen Entwicklungen des Flugplatzes Emden einzuschätzen seien.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Edzards erklärt, in der letzten Woche habe eine Aufsichtsratssitzung stattgefunden, in dem ein Gutachter eine Ausarbeitung über die mögliche wirtschaftliche Entwicklung des Flugplatzes vorgestellt habe. Dies sei insgesamt ein positives Ergebnis mit Potenzial zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Ausweitung gewesen.

Er meint, die Ausweitung der Flugbewegungen habe ihre natürlichen Grenzen. Zurzeit würden 2 Hubschraubergesellschaften den Offshore Dienst übernehmen. Mehr Gesellschaften würden es nicht werden. Die beiden Gesellschaften hätten jedoch noch Potenzial nach oben.

Er könnte sich vorstellen, dass zu den derzeit 7.000 Hubschrauberbewegungen ungefähr 1.000 dazukommen könnten. Danach sei allerdings eine natürliche Grenze der Durchführbarkeit erreicht.

Sobald die Flugbewegungen auf über 15.000 pro Jahr steigen würden, käme von der Luftaufsicht aus Oldenburg eine neue Auflage. Wie genau die Auflage aussehen würde, könne er zum derzeitigen Stand nicht genau sagen. Es würde ab 15.000 Flugbewegungen jedoch eine Einschränkung der zeitlichen Nutzung erfolgen.

Es gebe wenige Einflussmöglichkeiten der Stadt, da der Flugplatz eine offizielle Betriebsgenehmigung habe. Die Luftfahrtbehörde in Oldenburg habe genaue Vorschriften. Alle Änderungen könnten mit den Piloten lediglich auf freiwilliger Basis besprochen werden. Alle drei Hubschraubergesellschaften würden sich sehr diszipliniert verhalten und die Autobahn als Richtschnur nutzen. Wenn eine andere Flugroute gewählt werden würde, habe es bestimmte Gründe wie z.B. ein Instrumentenflug oder die Einweisung eines neuen Piloten. Er würde den Piloten häufig deutlich machen, dass es sich bei den Empfehlungen um die Erhaltung ihres eigenen Geschäftes gehe.

Der Fluglärm habe sich in letzter Zeit reduziert und die Bevölkerung sei bereit, bestimmte Dinge hinzunehmen. Der Bevölkerung müsse aber gezeigt werden, dass ihre Sorgen ernst genommen und sich die Piloten auch in Zukunft an die Empfehlungen halten würden. Er sei zuversichtlich, dass dieses auch weitestgehend passieren würde.

Er sehe zurzeit keine Konkurrenz durch andere Flugplätze in der Umgebung. Es bereiten ihm lediglich Pläne für ein Hubschrauber-Terminal in Eemshaven Sorge. Er glaubt, die technische Einrichtung würde nicht so komfortabel ausgestattet werden wie in Emden. Die Zeitersparnis für Hubschrauber-Unternehmen sei jedoch ein ernstzunehmender Faktor. Die Flugzeit würde sich im Vergleich zu Emden für den Hin- und Rückflug um 12 Minuten verkürzen. Pro Hubschrauberstunde würden Kosten von 6.000 € entstehen, sodass bei 12 Minuten Zeitersparnis eine hohe Summe zusammenkommen würde. Daher müsse der geplante Hubschrauber-Terminal dennoch als Konkurrenz ernst genommen werden.

Herr Bolinius sei ebenfalls der Meinung, dass der geplante Offshore-Terminal für Hubschrauber in Eemshaven dem Emder Flugplatz Sorge bereiten könnte.

Er stellt klar, das im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie im Aufsichtsrat mehrfach über den Hubschrauberlandeplatz gesprochen worden sei. Herr Edzards habe jedes Mal alle Fraktionen genauestens über das Thema informiert und alle Fragen der FDP-Fraktion beantwortet. Er ist der Meinung, man könne der FDP-Fraktion somit nicht vorwerfen, sie habe sich nicht gekümmert.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 9 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.